

## Antrag

**der Abgeordneten Martin Reichardt, Mariana Iris Harder-Kühnel, Frank Pasemann, Thomas Ehrhorn, Johannes Huber, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Siegbert Droese, Dr. Götz Frömming, Armin-Paulus Hampel, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Enrico Komning, Dr. Lothar Maier, Andreas Mrosek, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD**

### **Aktive Familienpolitik durch Baby-Willkommendarlehen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag sieht die Notwendigkeit einer aktiven Familienpolitik. Eine Gesellschaft kann nur fortbestehen, wenn sie aus sich heraus gedeiht. Die demografische Entwicklung allein durch Zuwanderung zukunftsfähig zu machen, ist aus Sicht des Deutschen Bundestages keine geeignete Strategie. Ziel und Mittelpunkt für Deutschland muss es daher sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die darauf hinwirken, dass mehr Kinder geboren werden. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die Entscheidung für eigene Kinder nicht von den individuellen wirtschaftlichen Verhältnissen von Paaren abhängig ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, dass allen Elternpaaren, von denen mindestens ein Elternteil sich bei der Geburt des gemeinsamen Kindes in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis befindet, zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes ein zinsloses Baby-Willkommendarlehen in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung stellt. Dieses Darlehen soll frühestens nach fünf Jahren rückzahlbar sein. Der Gesamtrückzahlungsbetrag soll sich dabei nach der Geburt eines weiteren Kindes halbieren und ab dem dritten Kind gänzlich entfallen.

Berlin, den 6. Februar 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Auch wenn die Geburtenrate in Deutschland seit einigen Jahren wieder leicht ansteigt, wird der Bevölkerungsrückgang dadurch nicht gestoppt. Dieser negativen Entwicklung ausschließlich mit gesteuerter oder ungesteuerter Zuwanderung zu begegnen, wird keinen ausreichenden Effekt erzielen. Daher ist es umso wichtiger, eine aktive Politik zu betreiben, die vorrangig die eigene Bevölkerung im Blick hat. Dabei ist es nicht mehr nur ausreichend, eine geeignete Infrastruktur wie zum Beispiel Kindertagesstätten und Schulen anzubieten. Sondern es ist bereits notwendig, potentielle Eltern bei der Familienplanung Sicherheit zu geben. Die Erfüllung eines Kinderwunsches hängt für Paare in nicht unerheblichem Maß von den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen ab. So ist der Trend, Kinder in immer höherem Lebensalter zu bekommen, deutschlandweit zu beobachten.